

„THEMA HEUTE“ 18. September ab 07 Uhr 35

Serie „Die Wahlkampf-Themen“, Teil 3: Zuwanderung

Autor : Thomas Bärthlein

In Anmod.:

Zuwanderung bisher gar nicht so ein kontroverses Thema, entgegen den Erwartungen. (Streit im Bundesrat, etc.) Aber in der letzten Woche setzt die CDU noch einmal auf die Zuwanderungs-Debatte, am Montag präsentierte sie in Berlin ihre Vorschläge zum Thema.

Vor allem drei Themenkomplexe sind in den vergangenen Jahren umstritten gewesen: Das Staatsangehörigkeitsrecht – Stichwort: „Doppelpass“, die Anwerbung von Fachkräften – Stichwort: „Green Card“, und die Flüchtlingspolitik – Stichwort: die sogenannte „Asylanten-Schwemme“.

Beitrag:

O-Ton Lale Akgün:

(4 / 3:30)

„Ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz! Man kann auch nicht nach diesem Multi-Kulti-Flair ein Einwanderungsland betreiben: Ach, wir sind alle so glücklich, und es ist so schön, so bunt zu sein, und gebt euch die Händchen und lacht alle zusammen! Das ist auch Quatsch! Man muss Integration und Zuwanderung genauso regeln und auf gute Beine stellen wie andere Politikfelder auch...“

(hier ausblenden, darüber sprechen:)

Lale Akgün mag deutliche Worte. Kurze, rot gefärbte Haare, Jeans-Jacke, Jeans, Stiefel: Wie eine Karriere-Politikerin tritt sie erst gar nicht auf. Sie ist ja auch eine „Quer-Einsteigerin“, ohne Erfahrung in Kommunalparlamenten oder im Landtag. Jetzt kandidiert Lale Akgün für den Deutschen Bundestag.

Die 48jährige ist geborene Türkin. Mit neun Jahren kam sie nach Deutschland, mit 26 nahm sie den deutschen Pass an.

Und selbst wenn sie ihren Kölner Wahlkreis nicht direkt für die SPD gewinnen sollte wie ihre Vorgängerin Anke Fuchs, über die Landesliste ist ihr ein Abgeordneten-Mandat eigentlich sicher.

Damit wäre sie - immer noch - eine Ausnahme: Bisher sitzen ganze drei „Eingebürgerte“ im Bundestag: Cem Özdemir und Ekin Deligöz von den Grünen, Leyla Onur von der SPD.

Warum es so wenige sind, dazu hat Lale Akgün natürlich auch eine Meinung:

O-Ton Lale Akgün:

(5 / 3:01;4:40)

„Weil ich glaube, dass politische Partizipation auch ein Stück Einmischung ist und Identifikation mit dem Land. Und diese Identifikation braucht Zeit. Bis man sagt: ich will mich einmischen, in das, was hier passiert, ich will sogar das Schicksal dieses Landes mitgestalten, ich bin sogar ein Bürger dieses Landes. Ich bin froh, dass ich die Chance habe anzutreten... weil ich merke, es hat schon eine Signalwirkung für die Menschen: ... Also mir erzählte jetzt, wir waren auf dem Markt, und eine junge Frau mit Kopftuch sagte, die kam aus einem anderen Stadtteil, wir plakatieren natürlich nur in unserem Stadtteil, die war zufällig in unserem Wahlkreis, sagt sie: ‚Ich bin wie geschockt stehengeblieben, als ich den Namen sah. Das ist ja Klasse! Und jetzt treffe ich Sie noch auf dem Markt!‘ Also es war für die so ein Aha-Erlebnis zu sagen: Das ist nichts Unmögliches! Das ist selbstverständlich. Und diese Selbstverständlichkeit, die müssen wir in die Gesellschaft hineintragen. Dafür stehe ich.“

Letzten Endes verkörpert Lale Akgün also etwas, was im Wahlkampf gerne mit dem Schlagwort „Integration“ beschrieben wird. Dass Migranten besser in Deutschland integriert sind, das wollen eigentlich alle. Vor allem die Unionsparteien betonen aber die Integration. Als sie am Montag ihr Konzept zur Zuwanderung präsentierten, stellte Saarlands Ministerpräsident Peter Müller noch einmal klar...

O-Ton Müller:

"- dass für uns der Grundsatz gilt, Integration geht vor weiterer Zuwanderung, während das rotgrüne Konzept heißt: Weitere Zuwanderung ohne Rücksicht auf Integration."

Die Rhetorik von Innenminister Schily, SPD, geht allerdings fast noch weiter. Er hat die Migranten ausdrücklich aufgefordert, sich zu „assimilieren“.

Seine Parteifreundin Lale Akgün tut sich als promovierte

Sozialwissenschaftlerin und Psychologin schwer mit solchen Vereinfachungen:

O-Ton Akgün:

„Das Problem ist: Es gibt nicht ‚die Integration‘, es gibt nicht die ‚Assimilation‘, das ist Quatsch! Es gibt nicht die Erhaltung der ‚kulturellen Identität‘, wie es so schön heißt. Das sind Schlagworte! Jeder Mensch ist je nach Lebens-Situation, jeder einzelne Zugewanderte, mal integriert, mal assimiliert, mal lebt er auch wirklich nur in seiner Welt. Ich geb Ihnen ein Beispiel: Wenn morgens ein Zugewanderter aufsteht und setzt sich an seinen Frühstückstisch, und hat da, was weiß ich, irgendwas auf dem Tisch, was er in seiner Heimat auch gegessen hat, und gleichzeitig auch Marmelade und Quark, dann ist das eine Art *Integration*, weil er beide Kulturen miteinander verbindet. Er zieht sich an, geht zu seinem Arbeitsplatz: Da ist er voll *assimiliert*. Er muss sich also den Gegebenheiten der Arbeitswelt stellen. Der kann ja nicht sagen, ja hörnse mal, ich möchte mich gerne integrieren, d.h. ich bring meine kulturellen Eigenarten mit, und bei uns zuhause hat man immer um elf angefangen! Das geht nicht – das heißt, in der Arbeitswelt sind Sie voll assimiliert! Da beißt keine Maus auch nur einen Faden ab. So – und wenn Sie abends auf eine türkische Hochzeit gehen, wo kein einziger Deutscher ist, dann sind Sie in Ihrer eigenen ethnischen Community. Stört ja keinen, ist ja auch völlig in Ordnung. Nur ein Beispiel über den Tag hinweg, wie ein einzelner, je nach Lebenssituation, integriert, assimiliert oder auch in seiner ethnischen Community leben kann.“

„Graue Haare“ bekomme sie, wenn sie ihre „Identität“ definieren müsse, sagt Lale Akgün. Doch genau das müssen in Zukunft viele in Deutschland geborene Migrantenkinder, wenn sie erwachsen werden.

Das neue Staatsbürgerschaftsrecht war vielleicht das erste große Reform-Projekt der rot-grünen Regierung. Das Prinzip: Nicht nur wer deutsche Eltern hat, ist Deutscher, sondern auch, wer in Deutschland geboren ist. Ein entscheidender Durchbruch, meint Lale Akgün:

O-Ton Lale Akgün (4-2:25):

„Das war eine politische Lebenslüge der Republik zu sagen: Wir sind kein Einwanderungsland. Wir sind ein Einwanderungsland, schon immer gewesen, im Prinzip seit 45. Die Bundesrepublik ist seit ihrer Gründung ein Einwanderungsland. Und das ist immer wieder anders definiert worden, konstruiert worden, statt zu sagen, wir sind ein Einwanderungsland, wir müssen etwas dafür tun. Und ein Einwanderungsland braucht ein anderes Staatsangehörigkeitsrecht als ein homogenes, abgeschlossenes Land. Das heißt, Sie können nicht jahrzehntelang zugucken, wie Kinder in diesem Land als Ausländer geboren werden! Dadurch war die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von einem *ius sanguinis*, also einem ethnischen Staatsangehörigkeitsrecht, zu einem *ius soli*, nämlich einem territorialen Staatsangehörigkeitsrecht, sehr wichtig.“

Ursprünglich war der Plan: Die in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern haben dann eben beide Pässe, den deutschen und den des Heimatlandes der Eltern.

Dagegen zog die CDU im hessischen Landtagswahlkampf 1999 zu Felde. Als Roland Koch mit dieser Kampagne die Wahl gewann, waren die „Doppelpass“-Pläne am Ende. Ein Kompromiss wurde gefunden: Wenn sie erwachsen werden, müssen die Migrant-Kinder sich für einen Pass entscheiden.

Für Lale Akgün ist das neue Staatsbürgerschaftsrecht eine „notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung“, um Ausgrenzung zu überwinden. Selbst mit dem deutschen Pass seien die Eingebürgerten ja nicht davor sicher, nur als „Deutsche zweiter Klasse“ zu gelten.

O-Ton Akgün: (5-9:19)

„Bei der Identität der so genannten ‚türkischen‘ Jugendlichen, wo man sagt: ‚Die haben so eine nationale Identität!‘, da sollte man schon ein bisschen darüber nachdenken, wie weit Ausgrenzung da eine Rolle spielt. Das Gefühl des Nicht-Akzeptiert-Werdens, das Gefühl, nur in der 2. Liga mitspielen zu dürfen... Also, das halte ich für einen wichtigeren Gesichtspunkt als zu denken, ein Baby wird in Deutschland von türkischen Eltern geboren und denkt als erstes: ‚Hurra, ich bin ein Türke, wunderbar!‘ – völliger Schwachsinn! Aber mit der Zeit zu erfahren: Ich werde nicht so angesehen wie die anderen, ich werde schon als jemand anderes wahrgenommen, man spricht mir eine bestimmte Rolle zu, eine bestimmte Position in der Gesellschaft – dass das Reaktionen hervorruft in dem Sinne: So, da bin ich stolz drauf, ein Türke zu sein, Türke sein ist beautiful, das finde ich völlig legitim und auch verständlich!“

Was für einzelne gilt, das beobachtet sie auch in Stadtvierteln. Das Gegenteil von „Integration“, der Alptraum der deutschen Politiker von Otto Schily bis Günter Beckstein, das sind die viel beschworenen „Parallelgesellschaften“ oder „Ausländer-Ghettos“:

O-Ton Akgün (6-5:33; 8:45)

„Da muss ich ein bisschen, muss ich Ihnen sagen, ehrlich gesagt, grinsen. Denn wir haben immer eine Homogenisierung einer Großstadt. Das heißt, Großstädte zeichnen sich auch dadurch aus, wenn Sie sich ein bisschen mit der Städteplanung beschäftigt haben, dass es eben prosperierende, reiche Stadtteile gibt und sozial benachteiligte Stadtteile. Und Zugewanderte leben in Deutschland verstärkt in sozial benachteiligten Stadtteilen... Sie wohnen nicht da, weil sie Zuwanderer sind! Sie wohnen nicht da, weil sie besonders gern unter sich sind! Sondern sie wohnen da, weil das für sie übrig geblieben ist!“

Was auch immer die Ursachen sind: Dass viele Migranten und ihre Kinder den Anschluss an die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft nicht gefunden haben,

dass sie zum Beispiel in der Schule viel schlechter abschneiden als der Durchschnitt, das zeigt die Versäumnisse der Zuwanderungs- und Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte.

Hans-Peter Klös vom IW, dem Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln, nimmt kein Blatt vor den Mund:

O-Ton Klös (7-7:50)

„Sozialhilfe-Bezug ist, um es zugespitzt zu formulieren, überproportional jung, männlich und ausländisch. Das sind erhebliche Integrationsprobleme an der ersten, auch an der zweiten Schwelle, wenn es darum geht, in ein Ausbildungssystem zu kommen und dann in eine Beschäftigung zu kommen. Und die konkreten Situationen vor Ort, gerade in den Ballungsgebieten, sprechen eine sehr deutliche Sprache. Und weisen auf Versäumnisse in der Vergangenheit bei der Integration hin. ... Die Erwerbstätigenquote der hier lebenden ausländischen Bevölkerung geht im Trend deutlich nach unten. Das heißt, dass natürlich ein größerer Teil der hier lebenden ausländischen Bevölkerung auf andere Einkommensquellen als auf Erwerbstätigkeit, das aus eigener Kraft Verdiente, angewiesen ist. Das mag zum Teil über Familienverbände abgesichert sein, geht aber eben auch zum Teil in die Belastung von Sozialsystemen.“

CDU und CSU betonen diese Problematik und warnen im Wahlkampf vor der „Zuwanderung in die Sozialhilfe“.

Allerdings hat sich das Image des Migranten in den vergangenen vier Jahren verändert, erweitert. In Deutschland denkt man bei Zuwanderung nicht mehr nur an sozial schwache Gruppen, an niedrig qualifizierte „Gastarbeiter“ oder mittellose Flüchtlinge. Sondern auch an Fachleute wie die „Computer-Indexer“. Als die IT-Branche über einen Mangel an Software-Spezialisten klagte, startete Bundeskanzler Schröder die „Green Card“-Initiative. Das neue Zuwanderungsgesetz soll nun gezielt die benötigten Arbeitskräfte nach Deutschland steuern.

IW-Experte Klös sieht nennenswerte Fortschritte in dem neuen Gesetz:

O-Ton Klös (7-3:15)

„Vor allem die Vereinfachung der Aufenthaltstitel weist zweifellos in die richtige Richtung. Das Recht wird transparenter. Der bisherige Flickerl-Teppich, der für die Arbeitsmigration vorgelegen hat und der es sehr schwer gemacht hat, dort eine nachhaltige Steuerung von Arbeitsmigration zu organisieren, der wird ersetzt durch ein transparentes Recht. Es gibt fünf ‚Regelkanäle‘ für Arbeitsmigration, nämlich die Zuwanderung im Regelverfahren, die Zuwanderung für Hochqualifizierte, die Zuwanderung übers Auswahlverfahren, für Hochschulabsolventen und vor Selbstständige. Das ist eine deutliche Vereinfachung, ein deutlicher Fortschritt. Ein Problem sehen wir darin, dass in diesem Verfahren jedenfalls ein doch noch erheblicher Ermessens-Spielraum der Arbeitsverwaltung bleibt, wenn es darum geht, die Bedarfe zu konkretisieren.“

Und das ist eine Schlüsselfrage: Denn Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern, das ist das Prinzip des neuen Gesetzes, soll gezielt in solchen Branchen möglich sein, wo der deutsche Arbeitsmarkt den Bedarf nicht decken kann.

(-kw

Diesen Bedarf zu bestimmen, ist gar nicht so einfach. Man muss zunächst einmal strukturelle, also langfristige, und konjunkturelle, also kurzfristig schwankende Erfordernisse auseinanderhalten.

Kw-)

Seriöse Diagnosen, wie viele ausländische Arbeitskräfte wo gebraucht würden, gebe es bisher überhaupt nicht, meint IW-Experte Klös. Dafür müssten dringend umfassende Studien angestellt werden. Bisher gebe es nur vereinzelte Umfragen in der Wirtschaft. Auch das IW hat solche Momentaufnahmen gemacht:

O-Ton Klös: (7-12:50; 13:30)

„Das Interessante daran war, dass es Engpässe nicht nur in den vermeintlichen hochqualifizierten Berufen gegeben hat am deutschen Arbeitsmarkt, sondern auch im Bereich von Elektroinstallateuren, Friseuren, Kellnern, Rohrinstallateuren, um Beispiele zu nennen... Was den Bereich von Höher- und Hochqualifizierten anbelangt, hatten wir relativ deutliche Hinweise auf Engpässe im Bereich von Ärzten, von Datenverarbeitungsfachleuten, von Elektroingenieuren, von Krankenschwestern, von Maschinenbauingenieuren, auch im Bereich Masseur, Krankengymnastik, Werbe- und Versicherungsfachleute.“

Bei einem derart breiten Spektrum von Berufen stellt sich natürlich die Frage, ob der deutsche Arbeitsmarkt mit mehr als vier Millionen Arbeitslosen diesen Bedarf nicht doch selber decken kann – wenn die Aus- und Weiterbildung zum Beispiel besser mit der Nachfrage in Einklang gebracht wird.

„Kinder statt Inder“ – auf diese Formel brachte CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers seine Kritik an der „Green-Card“-Einwanderung im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000. Wieder wurde die Zuwanderung zum Wahlkampf-Thema – aber die CDU verlor diesmal die Wahl.

Hans-Peter Klös, der beim IW die Abteilung „Bildung und Arbeitsmarkt“ leitet, weist darauf hin, dass ein Umsteuern im *Bildungs-System* viel Zeit koste. Man kann eben nicht in wenigen Monaten einen Arzt oder Ingenieur ausbilden.

Trotzdem glaubt Klös, dass der *Arbeitsmarkt* flexibler werden muss. Übrigens nicht nur, damit die Bevölkerung mehr Verständnis für Zuwanderung habe, sondern auch für das Image im Ausland:

O-Ton Klös (7-22:30)

„Uns scheint unter dem Strich das eine Bedingung dafür zu sein, damit ‚High Potentials‘, die attraktiven Talente, um die sich angeblich die ganze Welt bemüht, damit die sehen: Ja, auch in diesem erneuerten Arbeitsmarkt haben wir gute Chancen von Durchlässigkeit, von Mobilität, von Aufstieg... Und deswegen bleibt die Zuwanderungs-Diskussion untrennbar mit dem Auftrag verbunden, den deutschen Arbeitsmarkt zu reformieren. Denn wenn das nicht gelingt, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die besten Köpfe dieser Welt auch um dieses Land einen gewissen Umweg nehmen.“

Die simple Rechnung: Weniger Zuwanderung gleich mehr Arbeitsplätze für deutsche Arbeitslose, die stimmt allerdings auf keinen Fall, warnt Klös:

O-Ton Klös (7-14:40)

„Wir sollten bitte ganz klar die – wenn Sie so wollen – Huckepack-Effekte sehen zwischen Hoch- und weniger Qualifizierten. In dem Maße, in dem es gelingt, Engpässe zu schließen aktueller Art, bahnen wir neue Wertschöpfungsketten an, neue Wertschöpfungs-Kreisläufe. Und in deren Folge belebt sich auch die Nachfrage nach mittel oder niedrig Qualifizierten. Wenn wir Engpässe nicht schließen können, begeben wir uns der Wertschöpfung, begeben wir uns der Möglichkeit, auch von der Seite her einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Und deswegen sollten wir Zuwanderung bitte nicht ausspielen gegen die gleichwohl erforderliche Mobilisierung des bestehenden, heimischen Arbeitskräfte-Potentials!“

Ein großer Streitpunkt früherer Legislaturperioden hat in den vergangenen vier Jahren weniger Beachtung gefunden: Die Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Wolfgang Grenz, bei der deutschen Sektion von amnesty international zuständig für Asyl-Fragen, zieht zum Abschluss doch noch eine positive Bilanz von vier Jahren rot-grün.

O-Ton Grenz (9-0:33)

„Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen hat ja verdeutlicht, dass die Flüchtlingspolitik kaum eine Rolle gespielt hat. Und dass man da eigentlich keine großen Änderungen machen wollte. Aber im Laufe der Zeit, als dann die Diskussion mit der Green Card begann und dann die Idee des Zuwanderungsgesetzes aufkam, in diesen Beratungen, denke ich, hat es einen ganz entscheidenden Schritt im deutschen Flüchtlingsrecht nach vorne gegeben... Im Zuwanderungsgesetz ist schließlich geregelt worden, dass auch die Verfolgung, die von nicht-staatlicher Seite ausgeht, als Verfolgung anerkannt werden kann. Und genauso ist dann auch die geschlechts-spezifische

Verfolgung erwähnt worden als ein Anerkennungsgrund. Also das waren bisher Defizite des deutschen Rechts gegenüber dem internationalen Standard...“

Wolfgang Grenz hat fest gestellt, dass das Thema Zuwanderung im Wahlkampf wider Erwarten keine zentrale Rolle gespielt hat – obwohl die Verabschiedung des Zuwanderungs-Gesetzes im Bundesrat im März ja geradezu zu einem Eklat geführt hatte:

O-Ton Grenz (09-20:08)

„Bei der Fernsehdiskussion der Kandidaten wurde zwar die Zuwanderung erwähnt, der Flüchtlings-Bereich aber überhaupt nicht. Aber auch der Zuwanderungs-Bereich war nicht *die* Auseinandersetzung. Wenn man die Programme sieht, gibt es dann trotzdem noch erhebliche Unterschiede, weil die CDU zurückwill von dem, was im Zuwanderungsgesetz erreicht ist. Die CDU/CSU sagt im Wahlprogramm sehr deutlich, nicht-staatliche Verfolgung darf nicht als Verfolgung genommen werden. Zur geschlechts-spezifischen Verfolgung steht da nichts drin, aber es kann natürlich sehr viel auch unter nicht-staatliche Verfolgung fallen und dann wieder weggenommen werden... In den anderen Programmen steht auch nur sehr wenig drin... Eins ist natürlich noch interessant: Was vor vier Jahren noch eine Rolle spielte, oder vor zwei oder drei Jahren, die Diskussion: Soll das individuelle Grundrecht auf Asyl abgeschafft werden, soll es also nur noch eine institutionelle Garantie geben? Also das heißt: ‚Deutschland gewährt nach Maßgabe der Gesetze Asyl.‘ Und dann ist es praktisch nur noch ein Programm-Satz, der natürlich noch Rechts-Ansprüche hat, aber abgeschwächt: Das ist jetzt weg.“

Ein Grund dafür ist wohl auch, dass sich die Diskussion um die Flüchtlingspolitik immer mehr auf die europäische Ebene verlagert:

O-Ton Grenz (9-23)

„Wir haben in den letzten 4 Jahren jetzt eigentlich einen Kurswechsel mitgemacht. Wir haben 99 im Oktober auf einem Sonder-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Tampere in Finnland für den Flüchtlingsschutz eigentlich eine sehr gute Grundlage erreichen können. Wo nochmal ausdrücklich, ich glaube auch, das hat den Innenministern nicht so gut gefallen, ausdrücklich noch einmal der Bezug zur Genfer Flüchtlingskonvention hergestellt worden ist: Dass das die Grundlage ist, von der man nicht weggehen will. Durch den Wechsel jetzt in vielen Regierungen Europas, es sind ja rechtspopulistische Gruppen in den Niederlanden, in Dänemark mit an der Regierung, hat sich doch auch da etwas verändert. Und bei dem Gipfel in Sevilla ist ein Stillstand festzustellen gewesen. Die EU-Kommission, die die Richtlinien-Entwürfe vorbereitet, hat sich im Flüchtlingsbereich bisher sehr als fortschrittlich erwiesen. Und wir haben oft die Bundesregierung darauf hingewiesen: Seid kein Hemmschuh für das, was aus Brüssel kommt!“

Dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene eher als Bremser auftritt, kann Grenz nur psychologisch erklären: Die Kontrolle über die Einwanderung wolle man, wie die meisten Regierungen, eben nach Möglichkeit nicht aus der Hand geben. Kontrolle und Begrenzung –die negativen Assoziationen beim Thema Zuwanderung kämen eben immer noch an erster Stelle, hat Wolfgang Grenz beobachtet. Und das ist auch seine Haupt-Kritik an der rot-grünen Regierung:

O-Ton Grenz (09-16:50)

„Wenn Sie jetzt sehen, was die Bundesregierung herausgegeben hat zur Rechtfertigung oder Verteidigung des Zuwanderungsgesetzes, ist es eine sehr defensive Sache. Es geht nur um Begrenzung, Steuerung, und die positiven Sachen, die erreicht werden, werden nicht dargestellt. Das liegt daran, dass das Innenministerium hier federführend ist. Die Bundes-Ausländerbeauftragte, die sieht das zum großen Teil anders. Und die hätte natürlich auch positive Sachen herausgestellt.

-kw-

Also das ist – mag es aus wahltaktischen Gründen sein – aber ich denke, das war von Anfang an so. Der Bundesinnenminister hat ja schon 1999 Vorstöße gemacht und gesagt, der rechtliche Anspruch im Asylrecht, der stört ihn, und es wäre doch besser, wenn aus dem Asylrecht ein Gnadenrecht würde. Das hat er aufgegeben, weil es politisch halt nicht umsetzbar ist. Aber es ist deutlich, dass nach wie vor eine ablehnende Haltung aus den meisten Äußerungen spricht.“

-kw-

„Anton“-„Konrad“-„Gustav“-„Übermut“..., buchstabiert Lale Akgün ihren Namen für den Postboten im SPD-Bürgerbüro.

Nein, eine „defensive Einstellung“ wird sie beim Thema Zuwanderung bestimmt nicht in den Bundestag mit bringen.

„Deutsch muss zur Mutter-Sprache werden“ – fordert Innenminister Schily.

Klar, sagt Lale Akgün, wenn Kinder zwei Sprachen nur halb können, dann haben sie Schwierigkeiten. Aber Mehrsprachigkeit ist doch auch eine Chance:

O-Ton Akgün (4-8:15)

„Ich bin der Meinung, dass heute in einer europäischen Welt, in der wir hoffentlich leben und noch leben werden, Einsprachigkeit ein Manko ist. Ich erwarte und wünsche mir von jedem mindestens zwei Sprachen. Noch schöner wären drei, vier, fünf... Ich selbst spreche vier Sprachen. Und manchmal denke ich: Das reicht nicht. Ich würde gerne noch Spanisch sprechen, und ich würde gerne Cervantes im Original lesen können. Ich würde gerne Russisch sprechen. Arabisch, das ist eine Sprache, wo ich immer denke: Die hättest du auch noch lernen sollen! Vier Sprachen reichen mir nicht. Also ich wäre gerne sieben-sprachig!“